

(Minister Alexander Bonde)

Bund vorhandenen Fördermöglichkeiten in Baden-Württemberg zum Einsatz kommen. Wir liegen unter den Flächenländern vorn und wollen vorn bleiben. Jedes weiße Loch, das geschlossen wird, ist in unserem gemeinsamen Interesse.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Fragen. Wir beenden das erste Thema.

Ich rufe das zweite Thema auf, beantragt von der SPD-Fraktion:

Landeskonzept Kraft-Wärme-Kopplung

Ich erteile Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende soll von den Dächern der Häuser auch in die Heizungskeller kommen. Das ist eine der zentralen Forderungen bei der Energiewende, für die im Grunde parteiübergreifend Konsens besteht. Wir haben jetzt im Zusammenhang mit dem Eckpunktepapierbeschluss der Bundesregierung erlebt, dass auf Bundesebene die Bereitschaft besteht, mehr Geld in diese Technologie zu geben. Aber natürlich sind im Rahmen der Novellierung des KWK-Gesetzes, des entsprechenden Bundesgesetzes, noch viele Fragen zu klären. Was geht in den Bestand, was geht in den Neubau? Darauf will ich aber nicht eingehen.

Ich will darauf eingehen, was das Land an dieser Stelle tun kann. Im Rahmen des IEKK wurde – auch mit Unterstützung des Landtags – beschlossen, die jährliche Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2020 von 7,3 TWh auf 13 TWh auszubauen. Das ist eine Erweiterung von 12 % auf 20 % der Bruttostromerzeugung. Meine drei Fragen in diesem Kontext lauten:

Erstens: In welchem Umfang ist die Kraft-Wärme-Kopplung schon bisher gerade in den Landesliegenschaften ausgebaut worden? In Baden-Württemberg sind wir, das Land, im Unterschied zu den Kommunen in der Situation, dass wir mit Universitäten, mit Universitätsklinika sehr große Liegenschaften haben, bei denen man in diesem Bereich etwas tun kann.

Zweitens interessiert mich vor allem: Wie sieht es mit dem neuen Landeskonzept KWK aus? Wir haben die Situation, dass wir bei immer mehr fluktuierenden erneuerbaren Energien – Wind, Fotovoltaik – möglicherweise die Dunkelflauten mit stromgeführter KWK ausgleichen müssen. In welcher Art und Weise kann das Land hier vorangehen?

Drittens: Wie können die verschiedenen Akteure in Baden-Württemberg unterstützt werden, um zu wissen, wo die Abwärme vorhanden ist? Ich erinnere an das Beispielprojekt MiRO, bei dem ein großes Industrieunternehmen seine Wärme abgibt, damit Karlsruhe davon profitieren kann und beheizt werden kann. Wo sind die Wärmesenken? Wo wird diese Wärme letzten Endes gebraucht? Was gibt es an dieser Stelle, bei dem man die Akteure in Baden-Württemberg mitnehmen kann?

Das sind meine Fragen. Ich bin gespannt auf die Antworten und freue mich auf eine spannende Diskussion.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Untersteller das Wort geben.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Stober, herzlichen Dank für Ihre Fragen. Sie haben es erwähnt: Das eine bei der Energiewende ist das Thema „Ausbau der erneuerbaren Energien“, und das andere ist das Thema „Effizienter mit der eingesetzten Energie umgehen“. Ein Schlüsselthema bei Letzterem ist natürlich die Kraft-Wärme-Kopplung, nämlich die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme.

Weil das eine so hohe Bedeutung hat, wie Sie es auch angesprochen haben, haben wir bereits im letzten Jahr ein Gutachten in Auftrag gegeben mit dem Ziel, über das hinaus, was wir bisher schon gemacht haben, weitere Ideen zu liefern. Es geht um die Frage: Wie können wir die KWK noch besser vorantreiben? Dieses Fachgutachten wurde uns dann im Februar zur Verfügung gestellt.

Aufbauend auf den Ideen dieses Fachgutachtens haben wir dann mit einem Begleitkreis, bestehend aus Fachleuten der Energiewirtschaft, aber auch aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung, in den letzten Monaten ein Landeskonzept Kraft-Wärme-Kopplung entwickelt, das wir am vergangenen Dienstag im Kabinett verabschiedet haben.

Wenn Sie in dieses Landeskonzept schauen, sehen Sie, dass wir insgesamt 17 Maßnahmen entwickelt haben, die sich auf vier übergeordnete Handlungsfelder verteilen.

Das erste und mit das zentralste Handlungsfeld – Sie haben es gerade auch schon erwähnt – besteht auf Bundesebene. Da geht es um die Frage: Wie sieht zukünftig der Förderrahmen des Bundes aus? Bisher standen plus/minus 500 Millionen € – im letzten Jahr waren es, glaube ich, 600 Millionen € – zur Verfügung. Es ist natürlich klar, dass wir vor dem Hintergrund der Entwicklung der Strompreise – an der Börse wohl gemerkt –, wenn wir die Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen wollen, nicht nur mehr Geld für den Erhalt des Bestands brauchen, sondern auch mehr Mittel für den weiteren Ausbau der KWK brauchen.

Nach allem, was man bislang weiß – insbesondere nach der Zusammenkunft der Koalitionsspitzen in Berlin am Mittwoch der vorletzten Woche –, wird die Bundesregierung bereit sein, diesen Förderrahmen auszuweiten, nämlich auf plus/minus 1,5 Milliarden €. In den nächsten Wochen wird es nun darum gehen, zu sehen, wie sich das dann im Einzelnen verteilt, etwa auf den Bereich Bestandsanlagen, auf den Ausbau neuer Anlagen, auf die öffentliche Versorgung und die industrielle KWK, um nur einige Felder zu nennen.

Die weiteren Vorschläge, die wir in unser Landeskonzept übernommen haben, verteilen sich auf drei Felder, nämlich zum Ersten auf das Thema „Information, Beratung und Qualifizierung“, zum Zweiten auf das Feld der Förderung und zum Dritten auf das Feld „Vorbildfunktion des Landes“. Alle drei Punkte haben Sie angesprochen. Ich will einmal ein paar Beispiele nennen, um die es uns dabei geht.

Zunächst zum Bereich „Information, Beratung und Qualifizierung“: Dabei geht es uns vor allem darum, die Datenbasis

(Minister Franz Untersteller)

für Wärmenetze und KWK-Anlagen zu verbessern, aber z. B. auch darum, die Abwärmepotenziale, die wir in Baden-Württemberg in vielen Kommunen haben – insbesondere in vielen Industriegebieten –, zu erheben, dann aber auch in unserem Energieatlas sichtbar zu machen, sodass potenzielle Investoren und Interessenten sehen, wo es welche Potenziale gibt. Das Gleiche gilt für die Frage, wo es im Land Wärmesenken gibt. Auch das wollen wir systematisch erheben und zukünftig im Energieatlas darstellen.

Im Bereich der Förderung sind wir derzeit bereits dabei, ein neues Landesförderprogramm zu entwickeln, das wir im Herbst dieses Jahres vorstellen werden, in dem es darum geht, die Nahwärmenetze voranzubringen, und zwar unabhängig von der Frage, die bisher eine Rolle gespielt hat. Wir haben ja bisher die Bioenergieförderung gehabt, die speziell mit dem Thema Bioenergie verbunden war. Zukünftig wollen wir das von der Erzeugung her unabhängiger gestalten. Es soll also vor allem auch darum gehen, Nahwärmenetze zu fördern, die auch industrielle Abwärme sowie auch andere Abwärmepotenziale, aber natürlich auch erneuerbare Energiequellen nutzen.

Wir wollen darüber hinaus einen Wettbewerb „KWK-Modellkommune“ durchführen. Wir wollen auch Energienutzungspläne in den Kommunen anreizen. Ich betone das Wort „anreizen“; wir wollen sie nicht vorschreiben, wie es in Dänemark der Fall ist. Wir können uns beispielsweise vorstellen, dass wir den Kommunen, die sich dafür entscheiden, solche Energienutzungspläne zu machen, also darin auch das Thema Wärmenetze darzustellen und aufzunehmen, in unseren Förderprogrammen – ich nenne einmal das Beispiel „Klimaschutz-Plus“ – eine gegenüber anderen Kommunen erhöhte Förderung zur Verfügung stellen. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, auf diesem Weg Energienutzungspläne auch in Baden-Württemberg zum Tragen zu bringen. Wohlgemerkt, es gibt Länder wie Dänemark, wo die Kommunen hierzu verpflichtet sind.

Im Bereich der von Ihnen angesprochenen Landesliegenschaften spielt bereits seit den letzten Jahren das Thema KWK eine verstärkte Rolle. Ich glaube, dass heute so ziemlich jedes Projekt bei der Hochbauverwaltung des Landes, das sich in der Sanierung befindet, auch im Hinblick auf das Thema KWK untersucht wird und dass da, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, KWK auch in der Umsetzung zum Tragen kommt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegt eine weitere Frage vor, eine Frage von Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Minister, Herr Kollege Stober hat ja ausgeführt, dass wir ambitionierte Ziele haben, dass wir den KWK-Anteil bis zum Jahr 2020 quasi verdoppeln wollen. Die Bundesregierung hat jetzt vorgelegt – das muss man klar festhalten –, und zwar durch eine Erhöhung der Förderung von 0,5 Milliarden € auf 1,5 Milliarden € pro Jahr. Das ist eine Verdreifachung. Was ist denn bei den ambitionierten Zielen des Landes der finanzielle Beitrag des Landes? Es geht also nicht nur um den Beitrag des Bundes, sondern um den des Landes für diese Ziele.

Zweitens: Können Sie uns sagen – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Entschuldigung! Jetzt muss ich einmal grundsätzlich etwas zur Regierungsbefragung sagen. Normalerweise gibt es eine Frage, und dann folgt die Antwort des Ministers. Dann folgt die nächste Frage.

Abg. Paul Nemeth CDU: Gut. Bisher haben alle drei Fragen gestellt, aber das ist mir genauso lieb, Frau Präsidentin.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja. Ich wollte es vorhin auch schon beim Kollegen Stober sagen. – Jetzt behandeln wir eine Frage.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Kollege Nemeth, zunächst einmal gilt es festzustellen: Die Ziele, die Kollege Stober genannt hat, unterscheiden sich nicht von den Zielen, die bereits die frühere Landesregierung gehabt hat, nämlich dass wir bis zum Jahr 2020 13 TWh erreichen, sprich dass wir einen Anteil der KWK von plus/minus 20 % anstreben.

Aber – um es noch einmal deutlich zu machen – wir sind hier ganz entscheidend – ich betone: ganz entscheidend – davon abhängig, wie der Förderrahmen des Bundes gesetzt ist. Das ist übrigens nicht anders als im Bereich der erneuerbaren Energien, zu dem das Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt, zu dem der ökonomische Rahmen für die Frage gesetzt ist: Was geht zukünftig im Bereich der erneuerbaren Energien? Welche Folgen es hat, wenn man das nicht richtig macht, können Sie beispielsweise im Bereich der Fotovoltaik sehen, in dem wir heute 1 000 MW unter dem angestrebten Jahresvolumen liegen, das ursprünglich im EEG angesetzt war.

Wir haben nicht die Möglichkeit, sage ich einmal, zusätzlich auf die Maßnahmen, die ich jetzt schon genannt habe, nämlich auf das KWK-Gesetz des Bundes, eigene Förderungen von Projekten draufzusatteln. Das wird nicht gehen. Ich finde, das kann auch nicht Sinn und Zweck sein.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Wir können vielmehr dort aktiv werden, Herr Kollege Nemeth, wo der Bund nicht tätig wird, nämlich vor allem bei dem Thema Qualifizierung und dem Vorhaben „Verbesserung der Datenbasis, um Nahwärmenetze voranzubringen“, aber auch bei dem Thema „Förderung der Nahwärmenetze“ oder auch dem Thema „Versorgung der Akteure mit besseren Informationen“. Das sind die Themen, die man auf Landesebene hier voranbringen kann. Alle Möglichkeiten, die wir haben, um KWK in Baden-Württemberg voranzubringen, werden wir auch nutzen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, wir wissen ja, dass die Kraft-Wärme-Kopplung und die BHKWs viel zu lange Stiefkinder in der Energiewirtschaft waren, und zwar schon beim ersten EEG, das noch von Rot-Grün in Berlin initiiert wurde. Deshalb die Frage: Halten Sie besondere Anreize beispielsweise auch in Kombination mit anderen Möglichkeiten für denkbar? Ich denke gerade an das Wirtschaftsministerium, was Städtebauförderung angeht. Könnte man KWK und BHKWs vielleicht bei der Vergabe von Mitteln für städtebauliche Sanierungen berücksichtigen, oder

(Dr. Friedrich Bullinger)

könnte man vielleicht einen Bonus vergeben oder andere Anreize setzen, um bei diesem Thema schneller vorwärtszukommen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Die Möglichkeiten, Herr Abg. Bullinger, die wir hier in den einzelnen Förderprogrammen haben, um KWK zu nutzen, schöpfen wir wirklich aus. Auch die Verschränkungen, die Sie angesprochen haben, schöpfen wir aus.

Ich will einmal ein Beispiel nennen, anhand dessen Sie sehen können, dass wir da in der Vergangenheit schon sehr gut vorangekommen sind. In Deutschland gibt es im Moment plus/minus 200 Bioenergiedörfer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir haben sie eingeführt!)

Das sind Projekte, bei denen das anfallende Biogas entweder in Biogasanlagen oder in anderen Anlagen bis hin zu industriellen Anlagen genutzt wird, um Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu betreiben, damit Strom zu erzeugen, Wärme zu erzeugen und dann über ein nachträglich eingebautes Nahwärmenetz zu den Kundinnen und Kunden zu bringen. 80 dieser knapp 200 Anlagen wurden in den letzten Jahren in Baden-Württemberg realisiert, sprich: Wir sind hier sowieso schon in einer absoluten Spitzenposition, was den Vergleich unter den Ländern betrifft.

Trotzdem sehen wir natürlich, dass wir auch noch wesentlich mehr Potenziale haben, sei es, was Nahwärmenetze im öffentlichen Bereich oder bei Bürgerenergiegenossenschaften betrifft, sei es, was die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung im industriellen Bereich betrifft, sei es, was die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung auch bei größeren Gebäudekomplexen betrifft.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das heißt, es ist sehr vielfältig.

Aber warum ist es in den letzten Jahren nicht so recht vorangegangen? Der Grund ist, dass die Entwicklung der Strompreise an der Börse in den letzten Jahren ständig nach unten gegangen ist. Die Preise sind heute noch auf einem Drittel des Niveaus von 2008/2009. Das heißt, auch die Bestandsanlagen rechnen sich immer weniger; von neuen Anlagen will ich gar nicht reden.

Daher ist natürlich eine elementare Voraussetzung, um dieses Thema wieder stärker zum Tragen zu bringen, neue Anlagen anzureizen und zu realisieren, dass der Bund bereit ist, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz entsprechend zu novellieren und auch den Deckel, den es bislang gegeben hat, zu heben. Die 1,5 Milliarden € sind das Mindeste, was wir brauchen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Herr Minister, meine Frage betrifft das Förderprogramm für die Brennstoffzellentechnik. Dort ist das Land ja eingestiegen. Könnten Sie noch etwas zu den Erfahrungen sagen, die Sie mithilfe dieses Förderprogramms bisher gesammelt haben, welche Anreize geschaffen worden sind und wie die Nachfrage ist?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Das Programm ist in den letzten Monaten sehr gut gelaufen. Uns geht es darum, dass wir mit diesem Förderprogramm für Brennstoffzellen in den Heizungskellern eine sehr zukunftssträchtige Technologie anreizen wollen, für die es übrigens hier im Land wichtige Hersteller gibt. Die Nachfragen in den letzten Monaten haben sich sehr gut angelassen. Ursprünglich war und ist das Programm bis zum 30. September dieses Jahres befristet. Aber wir können noch zusätzliche Mittel bereitstellen, sodass ich davon ausgehe, dass wir das Programm in den nächsten Monaten noch weiterführen und mindestens bis zum Jahresende verlängern können.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben schon ausgeführt, dass es im Prinzip keinen Sinn macht, auf die KWK-Förderung des Bundes noch etwas draufzulegen. Das ist Sache des Bundes bzw. letzten Endes aller Stromkunden, die diese KWK-Abgabe zahlen. Mir geht es noch um die Landesförderung.

Ich habe vorhin das Thema Landesliegenschaften angesprochen, im Wesentlichen Universitätsgebäude. Unter den kommunalen Liegenschaften gibt es sehr viele Schulgebäude, also kleinere Gebäude. Inwiefern gibt es im Augenblick einen Dialog über die KEA, wie man an das Thema Brennstoffzellen herangehen kann und wie man möglicherweise bei Brennstoffzellen und BHKWs, die stromintensiver sind und mehr Strom als Wärme liefern, möglicherweise innovativ vorangehen kann?

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir haben durch die Novellierung des EWärmeG überhaupt einmal den Weg dafür eröffnet – es war durch die vorherige Gesetzesnovelle verboten –, haben da also noch einmal eine große Chance eröffnet. Wie läuft dieser Prozess mit den Kommunen, erst einmal beispielhaft innovative Konzepte auf den Weg zu bringen und dann möglicherweise in der Breite auszufüllen, ab?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herzlichen Dank für die Frage. – Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir hier eine Reihe von Maßnahmen ergreifen. Diese finden Sie in dem von mir bereits erwähnten Landeskonzept mit den 17 Maßnahmen in den vier Handlungsfeldern. Ich will einzelne Punkte nennen:

Erstens: Es fängt mit einer besseren Information darüber an, was KWK kann, was sie nicht kann und welche Vorteile die KWK hat.

Zweitens: Es geht darum, dass man positive Beispiele in der Öffentlichkeit stärker kommuniziert. Deswegen auch die Überlegung von uns, in dem Landeskonzept zukünftig einen Wettbewerb „KWK-Modellkommunen“ durchzuführen. Denkbar ist auch, dass wir hier stärker Projekte darstellen, die wir bereits in den letzten Jahren im Bereich der landeseigenen Liegenschaften realisiert haben, in dem eine ganze Reihe von Projekten mit KWK realisiert wurde, um die Möglichkeiten hier noch zu verbessern.

Drittens: Sie haben den Bereich von großen Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Altenheimen angesprochen. Wir ha-

(Minister Franz Untersteller)

ben in den letzten Jahren regelmäßig große Symposien mit den Betreibern der Krankenhäuser und der Pflegeeinrichtungen im Land veranstaltet. Denn das sind mit die größten Energieverbraucher im öffentlichen oder halb öffentlichen Bereich. Statistisch beträgt der Energieverbrauch umgerechnet auf ein Krankenbett ein Vielfaches dessen, was ein Vierpersonenhaushalt verbraucht. Gerade im Krankenhauswesen geht es darum, zu überlegen, wo Kostensenkungspotenziale liegen. Da spielt natürlich das Thema Energie eine ganz entscheidende Rolle.

Gerade im Gespräch mit den Krankenhausträgern und Krankenhausgesellschaften spielt das Thema KWK eine ganz entscheidende Rolle. Auch da ist es uns ein Anliegen, positive Beispiele zu kommunizieren. Wir haben hierzu schon vor einigen Monaten eine Broschüre erstellt, in der solche Beispiele aufgeführt sind, auch Rechenbeispiele, was die Refinanzierung von solchen Projekten betrifft.

Das sind ein paar Beispiele, die zeigen, was wir tun können. Es ist mit Sicherheit nicht die komplette Palette dessen, was wir machen werden, aber es zeigt in etwa die Richtung, die wir hier andenken.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Abg. Stächele hat mir einmal gesagt, dass das Land etwa 8 000 Liegenschaften hat.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Das hätte ich Ihnen auch sagen können.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut, Herr Minister! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber bei Herrn Stächele haben wir gewusst, dass er es weiß!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Meine Frage an Sie kommt erst noch. Wie viele Immobilien, wie viele Liegenschaften nutzen heute schon KWK?

(Abg. Johannes Stober SPD: Wie viele waren es zu CDU-Zeiten?)

Haben Sie, die Landesregierung, eine Zielvorgabe – vielleicht in dem neuen Konzept, das Sie sicherlich dem Parlament noch vorstellen werden –, wie viele davon bis 2020 oder 2030 mit KWK ausgestattet werden sollen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Abg. Nemeth, dieses Konzept finden Sie ab heute auf der Website des Umweltministeriums. Es ist vom Landeskabinett am Dienstag verabschiedet worden. Wenn es gewünscht wird, bin ich gern bereit, es hier im Parlament zur Debatte zu stellen, denn ich finde, da haben wir wirklich etwas Gutes auf den Weg gebracht.

Was das Thema Landesliegenschaften betrifft, Herr Kollege Nemeth, haben wir beide durchaus eine etwas unterschiedliche Sichtweise. Was meine ich damit? Ich halte wenig davon, dass man sagt: Wir haben 8 000 Liegenschaften, und davon wollen wir bis zum Jahr XY anschließend soundso viele Liegenschaften mit KWK ausstatten.

Ich habe vorhin versucht, deutlich zu machen – ich glaube, es ist nicht richtig bei Ihnen angekommen –, dass, wenn wir heute Projekte sanieren, insbesondere wenn die Technik in den Gebäuden saniert wird, generell die Möglichkeit der Nutzung von KWK untersucht wird. Da, wo es wirtschaftlich Sinn macht, wird dies von der Landeshochbauverwaltung auch gemacht.

Daher macht es überhaupt keinen Sinn, hier zu sagen: „Bis zum Jahr 2020 wollen wir soundso viele KWK-Anlagen in unseren Landesliegenschaften haben“, sondern es geht darum, überall da, wo es wirtschaftlich Sinn macht, dies auch zu realisieren. Da spielt – um es noch einmal zu sagen – der Rahmen, der uns jetzt von Berlin gesetzt wird, eine Rolle. Da geht es nicht nur um die Anhebung des Deckels auf 1,5 Milliarden €, sondern es geht auch um die Verteilung innerhalb des KWK-Gesetzes: Was geht in den Bestand, was geht in den Anreiz neuer Projekte, was geht in den Bereich großer Objekte, was geht in die öffentliche Versorgung, was geht in die industrielle KWK? Dies muss man sich genau anschauen, und das werden die Investoren auch so machen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, mich interessiert vor allem die Primärenergie. Wir wissen, dass hier die Tendenz von Öl weg und in Richtung Gas geht. Das ist ganz nett. Die nachwachsenden Rohstoffe sind aber ganz besonders interessant im Hinblick auf die CO₂-Bilanz. Sie haben Biogas genannt.

Ich möchte noch einmal auf den tollen Stoff Holz, also Hack-schnitzel mit Qualität, Reststückholz mit Qualität oder Pellets, zu sprechen kommen. Die Nutzung durch BHKWs ist hier, glaube ich, eine Riesenchance, zumal die Holzvergaser-technologie zwischenzeitlich, wie ich meine, auch auf einem technischen Stand ist, der es ermöglicht, den nachwachsenden Rohstoff Holz in Wohngenossenschaften oder größeren Gemeinschaftsanlagen besser zu nutzen, als dies beim Verbrennen von Pellets der Fall ist.

Wie schätzen Sie diese Chance ein, und halten Sie die technische Reife für ausreichend, um dies empfehlen und fördern zu können?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Abg. Bullinger. – Vielleicht einmal grundsätzlich: Biomasse ist ein begrenzter Faktor. Auch aus dem Wald kann man nicht unendlich viel herausholen. Einen Gutteil dessen, was für die Energienutzung aus unseren Wäldern mobilisierbar ist – sicherlich noch nicht alles bis zur letzten Tonne, aber einen Gutteil –, nutzen wir bereits heute.

In Zukunft wird es darum gehen, das, was wir einsetzen, besser und effizienter zu nutzen. Ich möchte es einmal umgekehrt formulieren: Die Nutzung der Biomasse hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Insbesondere im Wärmesektor gibt es Regionen – ich nenne einmal den Schwarzwald –, in denen Biomasse aus dem Wald seit Langem genutzt wird. Ob die Biomasse aber immer effizient genutzt wird, steht auf einem anderen Blatt. Unser Ziel ist es, in den kommenden Jahren diese begrenzte Ressource Biomasse effizienter zu nutzen.

(Minister Franz Untersteller)

Das ist der Grund, warum wir dem Thema „Ausbau der Nahwärmenetze“ einen größeren Stellenwert geben wollen. Ich könnte es auch so formulieren: Neben der gebäudeindividuellen Betrachtung, die wir beispielsweise im EWärmeG, über das wir hier vor wenigen Monaten diskutiert haben und das vor 14 Tagen in Kraft getreten ist, haben, wird in Zukunft die quartiersbezogene und gebietsbezogene Sichtweise an Bedeutung gewinnen. Das heißt, wir wollen beide Wege gehen. Wir wollen also sowohl die gebäudebezogene Sichtweise – hier geht es um den Ausbau der erneuerbaren Energien und das Thema Effizienz – als auch die quartiersbezogene Sichtweise voranbringen.

Das ist der Grund, warum wir derzeit dabei sind, das Förderprogramm für Nahwärmenetze in Baden-Württemberg zu entwickeln, das wir, wie ich meine, im Herbst vorstellen werden. Das ist aber auch der Grund, warum wir solche Vorhaben vorantreiben wollen, die ich vorhin auf die Frage des Abg. Stober angeführt habe. Es geht darum, zu erheben, wo wir Abwärmenutzungspotenziale, beispielsweise in der Industrie, oder Wärmesenken haben, und dies dann im öffentlich zugänglichen Energieatlas für potenzielle Investoren sichtbar zu machen, sodass diese sehen, wo solche Projekte tatsächlich Sinn machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vergasertechnologie noch!)

– Das ist mittlerweile Stand der Technik.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Herr Minister, der Kollege Nemeth hat vorhin die Zahl der KWK-Anlagen allein zum Maß der Dinge gemacht.

Teilen Sie meine Einschätzung, dass es durchaus notwendig ist, sich vor Ort die Gemengelage anzuschauen, und dass es dort, wo möglicherweise große Wärmesenken sind – ich nenne beispielsweise die Stadt Karlsruhe mit dem KIT und dem Campus Süd –, keinen Sinn macht, KWK-Anlagen zu bauen, und dass es sogar eher ein Problem ist – es geht jetzt nicht um das KIT; es gibt aber andere Bereiche –, die Fernwärme durch KWK zu ersetzen? Das finde ich problematisch, auch wenn es sich wirtschaftlich rechnet.

Sie haben vorhin gesagt, dass man es überall dort macht, wo es sich wirtschaftlich rechnet. Mein Rat wäre jetzt, dass man immer auch die CO₂-Bilanz in den Blick nimmt, da es Fälle gibt, in denen es sich möglicherweise wirtschaftlich rechnet, ökologisch aber nicht vorteilhaft ist.

Nach Möglichkeit müsste man auch das KWK-Gesetz entsprechend ändern, um an den Standorten, wo wir große Wärmesenken haben – beispielsweise am KIT –, auf KWK und zusätzlichen CO₂-Ausstoß verzichten zu können.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herzlichen Dank, Herr Abg. Stober. – Ich bin völlig mit Ihnen einig. Es kann nicht sein, dass KWK hier in Konkurrenz zu Fernwärmesystemen tritt, die in manchen Gebieten in Baden-Württemberg eine gute Tradition haben, wie das beispielsweise im Mannheimer oder Karlsruher Raum der

Fall ist. Hier dürfen keine neue Konkurrenzen aufgebaut werden.

In den letzten Jahren ist mir aber deutlich geworden, dass wir gerade im ländlichen Raum noch erhebliche Potenziale haben, über Nahwärmenetze effizienter mit der eingesetzten Energie umzugehen, indem gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt werden.

Das ist vor allem deutlich geworden durch die Bioenergie-dorfprojekte, bei denen wir mittlerweile viele Erfahrungen gesammelt haben. Etliche Projekte werden nicht mehr nur mit Bioenergie betrieben. Vielmehr gibt es erste Projekte, hinter denen auch solarthermische Anlagen stehen. Kürzlich habe ich ein Projekt in Bonndorf im Südschwarzwald einweihen dürfen, bei dem industrielle Wärme von einem Schinkenhersteller aus dem Räuchern von Schinken genutzt wird. Kurzum gesagt: Wer Schinken isst, tut dort auch noch etwas für die Wärme- und Energiebilanz der dortigen Kommunen.

Das heißt, das Thema ist sehr vielschichtig. Weil es so vielschichtig ist, glaube ich, gibt es auch nicht die eine Lösung. Wir sollten hier vielmehr die breite Palette der Möglichkeiten nutzen, um den KWK-Einsatz bzw. Nahwärmesysteme in den kommenden Jahren so effizient wie möglich voranzubringen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Lusche.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Vielen Dank. – Herr Minister, erlauben Sie mir eingangs die Bemerkung: Im Sommer 2015 sind wir nicht unbedingt sehr früh dran, was die Vielzahl der Maßnahmen anbelangt. Auf der Homepage kann ich dazu leider bis zum jetzigen Zeitpunkt auch nichts vorfinden.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Sie finden es im Laufe des Tages.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich möchte gern noch einmal auf die von Ihnen vorgelegte Studie von Herrn Nitsch zurückkommen und habe dazu eine ganz konkrete Frage. Sie schichtet dankenswerterweise das ab, was landespolitisch an Maßnahmen überhaupt möglich ist, und staffelt, was kurzfristig und mit geringem Aufwand umsetzbar ist.

Darunter wird ausdrücklich erwähnt, dass die Förderung von Bioenergie-dörfern fortzusetzen und um innovative Elemente zu ergänzen ist. Nachher wird dann im Einzelnen ausgeführt, dass man insbesondere im Bestand erhebliche Potenziale sieht. Können Sie einmal erläutern, warum die Landesregierung der Studie in diesem Punkt nicht folgt?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Das kann ich Ihnen sehr gern erläutern, Herr Abg. Lusche. Das Bioenergie-dorfförderprogramm war in der Vergangenheit im Wesentlichen aus europäischen Mitteln finanziert, und zwar aus dem Europäischen Regionalfonds. Sie wissen, dass die Förderperiode und somit auch dieses Förderprogramm auf der EU-Ebene ausgelaufen ist.

Hinzu kam – ich weiß nicht, ob Sie die Stellungnahme des Landesrechnungshofs kennen – durchaus die eine oder andere kritische Nachfrage des Landesrechnungshofs in Bezug auf das Bioenergie-dorfförderprogramm.